

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur
Karl Riese
Grosshain Nr. 20.
Verlag Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grosshain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen befähigter bestimmter Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1330.
Verlag
Riesa Nr. 52.

Nr. 280.

Freitag, 2. Dezember 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Werbschriftzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; bis 29 mm breite Werbschriftzeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarischer Satz 50% Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Darger & Winterlich, Riesa, Geschäftsstelle: Goltzstraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittels, Riesa.

Beginn der großen Wirtschaftsdebatte im Reichstag.

Die Minister Curtius und Brauns beantworten die Interpellation der Sozialdemokraten. — Die Kreditpolitik Dr. Schacht.

Der Reichstag überweist zunächst ohne Aussprache einen kommunalistischen Antrag auf Auslegung des Strafverfahrens gegen die kommunalistischen Abgeordneten Stoeder, Koenen, Doernle, Hedert, Klemmele u. Pfeiffer wegen Vorbereitung zum Hochverrat dem Wirtschaftsausschuss.

Dann kommen die Interpellationen verschiedener Parteien zur

Wirtschaftspolitik

zur Beratung.
Eine sozialdemokratische Interpellation verlangt Maßnahmen, wonach die Anleihen der Länder und Gemeinden nach den gleichen Gesichtspunkten wie private Auslandsanleihen behandelt werden sollen. Verlangt wird weiter eine beschleunigte Aktion zur Senkung der Zölle, eine vorbildliche Rohpolitik in den Reichsbetrieben, Erhöhung der sozialen Renten und ein Vorgehen der Regierung gegen die „Kriegsklassen der Schwerindustrie“ zur Abbremsung einer weiteren Aufwärtsentwicklung der Löhne.

Abg. Kuhlauer (Soz.)
Begründet die sozialdemokratische Interpellation mit dem Hinweis auf das Schreiben des Reparationsagenten und die Neben des Reichsbankpräsidenten. Die dringenden Aufgaben seien jetzt die Senkung der Kaufkraft der Löhne und die Wahrung der Anleihefrage. In der letzten Zeit, in der die Weltmarktpreise stiegen, sei in Deutschland der Großhandelsindex gestiegen, und zwar um 10 Prozent. Die Parole des Reichswirtschaftsministeriums „Stabile Preise und stabile Löhne“ müsse im Interesse der Aufrechterhaltung der Konjunktur abgelehnt werden. Notwendig sei vielmehr eine Anspannung der Löhne an die gestiegenen Preise. Das Reich habe freilich das schlechteste Beispiel durch die kammerwolle Entlohnung der Reichsarbeiter. Der Redner fragt, ob die Regierung endlich die Lohnverhandlungen mit den Organisationen der Reichsarbeiter wieder aufnehmen wolle. Besonders bedenklich sei die Bildung von Kriegsklassen der Unternehmer, die unter dem Namen von „Gesamtschichtungen“ eine monatliche Umlage von 5 Mark für jeden beschäftigten Arbeiter erheben, um mit diesem Kampffonds die Aufstockung der Verordnungen des Reichsarbeitsministers über das Dreifachsystem zu verhindern. Die vom Reichswirtschaftsminister versprochene Senkung der Zölle wird ganz bewusst von den Beiräten seines Ministeriums sabotiert. Die Auslandsanleihen sind zweifellos notwendig, um die Produktionskraft der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben. Bisher hat das Ausland auch volles Vertrauen zu dieser Produktionskraft gehabt bis zu dem Augenblick, wo der Reichsbankpräsident Dr. Schacht die verhängnisvolle Anleihe-Diskussion entzündet hat. Dr. Schacht hat eine unerhörte Debe gegen die Gemeinden entfesselt. (Sehr wahr!) Wir weisen mit Entzückung die hemmungslose Verallgemeinerung zurück, die sich Herr Schacht erlaubt hat zur Verabschwörung des Anleihen der deutschen Gemeinden vor der Weltöffentlichkeit. (Verbale Zustimmung.) Er hat die zulässige Grenze dabei so wenig eingehalten, daß nicht nur der Kredit der Gemeinden, sondern auch der der gesamten deutschen Wirtschaft darunter leidet (Erneute lebhe Zustimmung).

Mit der völligen Sperre der Auslandskredite hat Dr. Schacht die deutsche Wirtschaft in unerhörter Weise geschädigt (Verb. Zustimmung). In seiner Vorkammer Rede hat der Reichsbankpräsident in Verdringung der Tatsachen die völlig unwahre Behauptung aufgestellt, daß ohne die Luxusausgaben keine Auslandsanleihe für die Gemeinden notwendig gewesen wäre. Dr. Schacht macht sich weiter einer maßlosen Ueberreibung schuldig, wenn er sagt, daß die Anleihen der Gemeinden die Wahrung gefährden. Tatsächlich erfordert die Tilgung und Verzinsung der Auslandsanleihen sämtlicher deutschen Gemeinden im Jahre nur 54—56 Millionen Mark. Herr Schacht hat nicht im Interesse der Wahrung, sondern der Unternehmerkreise gehandelt, die durch Bonkott und Ausschüttung die produktiven Gemeindeglieder so schwächen wollen. (Verb. Zustimmung links.) Wir fragen die Regierung, was sie gegen das kreditgefährdende Verhalten des Herrn Dr. Schacht unternehmen will (Verb. Zustimmung bei den Soz.).

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius:

Lange Zeit hat man wie hypnotisiert auf die Passivität unserer Handelsbilanz geharrt und die falsche Meinung vertreten, als ob jeder Einfuhrüberschuss eine wirtschaftliche Krankheit sei. Heute hat sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, die auch bei der Besprechung des Reichskabinetts mit dem Reichsbankpräsidenten zum Ausdruck kam, daß nämlich auch in der nächsten Zukunft die Aufnahme langfristige Auslandsanleihen nicht entbehrt werden kann im wirtschaftlichen und gesamtpolitischen Interesse.
Die gesamte Auslandsverschuldung beträgt bei uns rund 5 Milliarden. Dem steht aber ein Eigenkapital von rund 24 Milliarden der Deutschen Privatwirtschaft gegenüber. Die kommunalen Anleihen finden ihre Sicherung nicht nur in der Steuerkraft der Gemeinden, sondern auch in dem großen Vermögen der Gemeinden. Die Höhe der kommunalen Auslandsverschuldung ist im Verhältnis weit niedriger als die der Vorkriegszeit. (Hört! Hört!) Die Reichsregierung hat in ihrer Wegendentschrift gegen das Memorandum des Reparationsagenten dargestellt, daß die Gemeinden ihre Kredite für produktive Zwecke verwenden. Die Reichsregierung deckt nicht die Veröffentlichung des

Statistischen Reichsamts. (Hört! Hört!) Wir wenden uns gegen eine krankhafte Herrschaft der Kartelle, aber eine isolierte Kommunalwirtschaft ist auch nicht möglich. Auch die Gemeinden müssen sich in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einfügen. (Beifall.)

Wir halten Ausgaben für Städte und Schwärmbäder zur Erhebung der Volksgesundheit keineswegs für Luxusausgaben. Wir wissen, daß auch die Luxusausgaben vielfach der produktiven Erwerbslosenfürsorge dienen und wenig zu Buch schlagen. Es muß aber betont werden, daß Stadt- und Verschönerung in dieser Zeit ein schlechtes Beispiel nach innen geben und einen aufreizenden Eindruck nach außen machen (Beifall). Eine Justizaktion ist nicht zu befürchten, aber wir haben weiter allen Anlaß zur Sparsamkeit. Bei einer Verbindung der amerikanischen Kapitalhärte mit der deutschen Arbeitskraft kommen beide Teile auf ihre Rechnung. Die Preisstürze in Deutschland zeigt nicht still nach oben. Wir haben keinen Grund zur Teuerungspfunde und brauchen auch keine gesetzgeberischen Maßnahmen in der Preisfrage.

In der Haltung der Regierung zu den Kartellen hat sich nichts geändert. Nach wie vor werden die Ausschüsse der Kartelle von uns verurteilt. Seit 1924/27 sind beim Reichswirtschaftsministerium insgesamt 3884 Beschwerden gegen Kartelle eingegangen, von denen zwei Drittel als berechtigt anerkannt wurden. Mit einer grundlegenden Reform der Kartellgesetzgebung wollen wir warten, bis das Ergebnis der Kartell-Enquete des Enquete-Ausschusses vorliegt. Schon in den nächsten Wochen werden die ersten Publikationen dieser Enquete vorliegen. An der Vollstreckung hat die Regierung fest; sie soll bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen nach Möglichkeit durchgeführt werden. Die Reichsregierung ist bemüht, im Einvernehmen mit der Reichsbankdirektion die Anlegung öffentlicher Gelder nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln. Wir haben schon Maßnahmen vorbereitet, mit denen eine weitere Einschränkung der Hypothekensandriebe verhindert werden soll. Der jetzt eingerichtete Reparationspolitische Ausschuss in dem auch der Reichsbankpräsidenten Sitz und Stimme hat ist nicht ein Anknüpfungspunkt aus Anlaß des bekannten Memorandums, sondern er war schon früher geplant.

Besonders wichtig ist aber die schleunige Durchführung der allgemeinen Verwaltungsreform. Reichsinnenminister, Reichsfinanzminister und Sparkommissar arbeiten gemeinsam an dieser Aufgabe. Verfassungsreform und Verwaltungsreform sind zwar nicht von einander unabhängig, aber es können auch nicht alle Fragen auf einmal gelöst werden. In der Konferenz der Ministerpräsidenten im Januar werden wir hoffentlich zu positiven Ergebnissen kommen. Die Veranlassung ist bereit, eine große Gesamtauslandsanleihe der Gemeinden vorzubereiten, aber sie ist noch eingehender Prüfung der Verhältnisse an dem Entschluß gekommen. Einzelanträge auf Kommunalanleihen gegenwärtig nicht mehr zu bearbeiten und zu bekräftigen. Es schweben Erwägungen, die Kapitalertragssteuer wie für Auslandsanleihen so auch für festverzinsliche Inlandsanleihen fortzulaufen. Die Stunde zum Handeln ist jetzt gekommen. Wir wollen das Goebewort beherzigen: Die Zeit zum Handeln jedesmal verpassen.

Nenn' Ihr, die Dinge sich entwickeln lassen.
Was hat sich denn entwickelt, sagt an.
Was man zur rechten Stunde nicht getan? (Beifall.)

Mißtrauensantrag der Kommunisten.

Von den Kommunisten ist zwischen ein Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingegangen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Der zweite Teil der sozialdemokratischen Interpellation beschäftigt sich mit Fragen der Lohnpolitik, der sozialen Renten und mit dem für die Fürsorge maßgebenden Bestimmungen. Der Nachdruck liegt auf den Fragen der Lohnpolitik. Bekanntlich habe die auffregende Konjunktur des letzten Jahres auch eine beträchtliche Steigerung der Löhne zur Folge gehabt. Der Minister betonte ausdrücklich den Zusammenhang zwischen Lohnsteigerung und Konjunktur. Da jede behördliche Einwirkung auf die Lohnpolitik ihrer Natur nach begrenzt sei, seien die Behörden nicht in der Lage, die Lohnentwicklung maßgebend zu bestimmen. Deshalb bestrebe der Einfluß des Arbeitsministeriums zu sein nur in einer vermittelnden Tätigkeit bei freien Verhandlungen und Vermittlungstätigkeiten seien nicht die Regel. Bei letzteren sei das Ministerium auch an den Inhalt der Schlichtungsurteile gebunden. Die Schlichtungsbehörden seien sämtlich bestrebt gewesen, bei neuen Tarifverhandlungen die Löhne im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu haben, was die Entwicklung des letzten Jahres auch beweise.

Man könne feststellen, daß sich das Niveau des Reallohnes der deutschen Arbeiterschaft im Durchschnitt gesehen, ebenfalls gebessert habe. Man müsse aber berücksichtigen, daß in so kurzer Frist nicht alle Schäden der Vergangenheit wettgemacht werden könnten. Wenn diesbezüglich der Lohn höher gelten sollte, so müßte es natürlich auch hinsichtlich des Unternehmergewinnes und der Kapitalansammlung gelten.
Zu der Frage der Einwirkung der Betriebsratsorganisation auf die Löhne erklärte der Minister, er habe sich dafür Sorge zu machen, daß auch die Arbeiterschaft aus der Rationalisierung einen Nutzen ablebe, entweder durch Stei-

gerung der Nominallohne oder durch Preisfestsetzung. Richtig sei die Auffassung, ob diese Beteiligung der Arbeiter an dem Ergebnis der Rationalisierung in den abgelaufenen Monaten ausreichend gewesen sei, verschieden. Wenn man diese Frage klären wolle, so habe man eine ganze Reihe von Faktoren dabei zu berücksichtigen.

Auch die Sozialrenten, so erklärte der Minister weiter, hätten in letzter Zeit eine teilweise beträchtliche Erhöhung erfahren, und zwar in einem solchen Umfang, daß die Belastungskraft der Versicherer und der Unternehmer wie auch die Leistungsfähigkeit des Reiches äußerst angepannt worden sei. Das Gesamtaufkommen an Beiträgen und Zuschüssen in der Sozialversicherung habe in diesem Jahre eine Höhe von 2,5 Milliarden gegen etwa 1,4 Milliarden im Jahre 1918 erreicht. Der Reichsausschuss sei gegenüber der Vorkriegszeit auf das Fünffache gestiegen. Seit Festlegung der Währungs habe fast jedes Jahr ein Wechsel zur Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung gebracht. Auch die Beiträge der Angestellten hätten sich seitdem wesentlich verbessert, ebenso durch das Gesetz vom Jahre 1926 die knappschaftlichen Leistungen. Auch nach Auffassung der Versicherer hätten die Beiträge eine Grenze erreicht, die nicht mehr überschritten werden dürfe.

Auf die Besätze der Arbeitslosenversicherung habe der Reichsregierung nur ein beschränkter Einfluß zu, da die Durchführung der öffentlichen Fürsorge Sache der Länder sei. Die Reichsregierung habe getan, was möglich sei. Auch für die Rentenrentner seien die im Ausschuss angeführten Hilfsmittel bereits eingeleitet.

Der Minister verwies weiter auf die Verbesserung der Besätze der Kriegsgeldbesitzigen, die gesondert im Ausschuss beraten werden.

Er ging dann auf den Kampffonds ein, der ursprünglich von der Schwerindustrie gegründet worden sei und betonte, daß Rüstungen für evtl. Arbeitskämpfe ein Recht seien, das ebensowenig bestritten werden könne, wie der Arbeitskämpfe selber.

Zum Schluß erklärte der Minister, daß die deutsche Sozialpolitik trotz der ungeheuren Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in wenigen Jahren Leistungen vollbracht habe, welche die Taten von Jahrzehnten der Vorkriegszeit weit übersteifen. Es war nicht zum wünschlichen die deutsche Sozialpolitik, welche uns vor schweren Erschütterungen des Wirtschaft- und Soziallebens im letzten Jahrzehnt bewahrt und damit den deutschen Wiederaufbau ermöglicht habe.

Besprechung der Interpellation

Wahnt als erster Redner das Wort Abg. Dr. Kademacher (Dnat.). Er nimmt den Reichsbankpräsidenten gegen die Angriffe des sozialdemokratischen Redners in Schutz und erklärt:

Wenn wir auch früher mit Dr. Schacht nicht immer einverstanden waren, so stehen wir doch hinter dem heutigen Reichsbankpräsidenten (lebhaftes Hört, hört! links) in seinem Kampf um die Stabilität der Währung (Beifall rechts), auch in seinem Kampf gegen die Sozialisierung von hinten herum, die die Städte erschrecken. (Beifall rechts, Lachen links.) In einer Schuldenwirtschaft liegen große Gefahren für die Gesamtwirtschaft. Wir brauchen die Bildung inländischen Kapitals und müssen die Demunzen beseitigen, die dem entgegenstehen. Darum halten wir die schleunige gänzliche Beseitigung der Kapitalertragssteuer für dringend notwendig. Ein wichtiges Glied der deutschen Wirtschaft, die deutsche Landwirtschaft, wird jetzt von neuen Gefahren bedroht. Wir müssen fordern, daß bei den bevorstehenden deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nicht die deutsche Landwirtschaft in ihren Existenzgrundlagen gefährdet wird. Von sozialistischer Seite werden immer härtere Ansprüche an die Industrie gestellt unter Verungung auf die angeblichen aus der Rationalisierung ihr erwachsenden Vorteile. Dabei wird vergessen, daß die deutsche Industrie mit der Rationalisierung nur den Vorkriegsstand einholi, den das Ausland vor ihr hatte. Die Einführung des Dreifachsystems würde für die Großindustrie im Westen sehr schädigend wirken. Allein für die vereinigten Stahlwerke würde der Mehraufwand 45 Prozent der bisherigen Lohnsumme ausmachen. Da der Rationalisierung der Produktion die Rationalisierung des Absatzes folgen muß, können wir die Kartelle und Syndikate nicht entbehren. Wir brauchen nach Dr. Schacht eine ausgeglichene Währungs- und Finanzpolitik. Die können wir nur bei parlamentarischer Verwaltung erreichen. Schon heute zeigt sich, daß die Dawespolitik materiell und technisch nicht erfüllbar ist. In Preußen ist die steuerliche Belastung der Wirtschaft weit überhöht. Man darf sich aber nicht der Hoffnung hingeben, daß durch eine Verwaltungsreform jetzt wesentliche Erparnisse erzielt werden können. Der Fehler liegt im System, dem schrankenlosen demokratisch-parlamentarischen Regierungssystem, unter dem wir leben. Es kann nicht bestritten werden, daß die Gemeinden heute in ihrer Ausgabenwirtschaft weit freier sind, als in der Vorkriegszeit. (Beifall rechts.) Die Sozialdemokraten sollten ihre Anhänger vor allem dazu erziehen, daß sie nicht im Stimmzettel ein Mittel zur Verbesserung ihrer materiellen Lage sehen! (Verbale Zurufe links, Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird um 18 Uhr auf Freitag 15 Uhr vertagt.

Zunächst soll heute das Kraftfahrzeugsteuergesetz beraten werden, dann wird die Interpellationsdebatte zur Wirtschaftspolitik fortgesetzt.